

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der amtlichen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Ercheint

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und bei allen Buchhändlern 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von

B. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem Erscheinungstage.

Nr. 98.

Verlags-Nr. 19

Mittwoch, den 11. Dezember 1918.

Verlags-Nr. 49

40. Jahrg.

Neue Unruhen in Berlin.

Am Freitag nachmittag ist es in Berlin vor dem Reichstagsgebäude und im Abgeordnetenhaus zu Ausschüssen gekommen. Es wird über die Vorgänge folgendes berichtet:

Berlin, 6. Dezember. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Kurz nach Beginn der Sitzung des Vollzugsrates um 4 Uhr 30 Minuten bringt ein Feldwebel der Garde-Pioniere mit etwa 30 Mann (Pioniere und Marine, meist sehr junge Leute) ein und erklärt den Vollzugsrat für verhaftet, und zwar im Namen der Reichsregierung. Auf das Ersuchen des Vorsitzenden, einen schriftlichen Befehl vorzulegen, erklärt er, daß er einen solchen nicht habe und daß er nur dem Befehl seines Vorgesetzten folge. Auf die Frage, wer dieser Vorgesetzte sei, lehnte er die Antwort ab. Er ließ die Türen zum Sitzungssaal schließen und stellte Posten davor auf. Inzwischen erhielten der Volksbeauftragte Barth und erteilte im Namen des Rates der Volksbeauftragten dem Feldwebel den Befehl, mit den Mannschaften sofort den Saal zu räumen. Nach anfänglichem Sträuben führte dieser schließlich den wiederholten Befehl aus. Inzwischen hatte sich das Abgeordnetenhaus mit einigen hundert Mann Verhaftungstruppen gefüllt. Gleichzeitig waren aber auch mehrere tausend Mann Matrosen zum Schutze des Vollzugsrates erschienen, ferner größere Massen Arbeiter.

Abends zogen Matrosen und Soldaten mit Gewehren in mehreren Kolonnen vor das Reichstagsgebäude. Der Führer Spiro sagte in einer Ansprache an die Truppen: Deutschland steht vor einer Katastrophe. Wir verlangen, daß die Nationalversammlung auf den 20. Dezember einberufen werden soll. Der Vollzugsrat darf die Regierung nicht länger unter Druck setzen. So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik aus und auf ihren ersten Präsidenten, den Genossen Ebert.

Darauf nahm Ebert das Wort und sagte u. a.: Ein einzelwilliger Wille muß die Geschichte des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wiederum ergriff der Führer der Demonstration Spiro das Wort: „Jetzt habe ich an Herrn Ebert die klare Frage zu richten: Herr Ebert! Ist jetzt zum Präsidenten der deutschen Republik ausgerufen worden. Folgt er diesem Rufe oder nicht! Ja oder Nein!“

Mit ruhiger, fester Stimme antwortete Ebert: „Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt.“ Der Führer Spiro forderte nunmehr die Matrosen und Soldaten auf, in geschlossenem Zuge abzumarschieren.

Berlin, 7. Dezember. Bei den gestrigen Straßenkämpfen in Berlin hat es nach den neueren Berichten über 20 Tote und 28 Verwundete gegeben. Es verlautet, daß bei der Wiederholung der Unruhen die Volkregierung das Standrecht in Berlin verkünden will.

Die „drei Stadien der Friedenskonferenz.“ Rotterdam, 5. Dezember. Die „Times“ erfahren aus Paris: Der Weg zum Frieden wird drei Stadien durchlaufen. Das erste Stadium bildet die Konferenz der Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas. Sie wird angeblich im Erlonon zu Versailles stattfinden und, wie verlautet, bis Anfang Januar währen. Das zweite Stadium wird

die Zusammenberufung der im März oder April zusammentretenden vollzähligen Friedenskonferenz der Alliierten bilden. Zu Versammlungen, die in den nächsten Wochen in Paris und Versailles abgehalten werden, werden keine feindlichen Delegierten zugelassen, weil es augenblicklich in Deutschland keine Regierung gibt, welche die Nation vertritt, während in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie mehr als ein Staat noch in der Bildung begriffen ist. Die dritte Konferenz wird der große Friedenskongreß aller alliierten Staaten sein, einschließlich der neugebildeten Staaten, und ihre Beschlüsse werden die Grundlage für den Völkerverbund bilden. Man wird den Feind einladen, diese Beschlüsse zu unterzeichnen, und dann werden sie der darauf zusammentretenden Weltkonferenz von Alliierten, Neutralen und Feinden vorgelegt werden als Grundlage für die Beratung über den Völkerverbund.

Die Verzichtserklärung des Kronprinzen. Berlin, 6. Dezember. Die Urkunde, durch die der frühere Kronprinz auf seine Rechte an der Krone Preußens verzichtet, ist in Berlin eingetroffen. Sie hat folgenden Wortlaut: „Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Kronensagung Seiner Majestät des Kaisers und Königs, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde, zuzustehen mögen. Urkundlich unter unserer höchst einhändigen Unterschrift. Gegeben in Wieringen am 1. Dezember 1918.“ (gez.) Wilhelm.“

Der Kaiser. Washington, 5. Dezember. Vom Staatsdepartement verlautet, daß die Frage der Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers aufgeschoben wird, bis Wilson erreicht wird. Amtlichen Kreisen in Washington zufolge hat Wilson über diesen Gegenstand niemals seine Meinung geäußert.

Befehlsgewalt des Vermögens des preussischen Königshauses. Berlin, 8. Dezember. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme des Vermögens des preussischen Königshauses.

Das Schicksal der deutschen Flotte. Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbundsländern interniert lassen muß. England vertritt diese Forderung, um zu verhindern, daß Deutschland als Militärmacht nochmals Bedeutung erlangen kann. Ein amerikanischer Vorschlag geht dahin, die deutsche Flotte zu einer Art Seepolizei zur Überwachung der Freiheit der Meere zu verwenden.

Keine Internierung der Armeesoldaten. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesetzt, daß von einer Internierung der Herdengruppe Soldaten endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn oder zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Maßlose französische Forderungen. Luga, 7. Dezember. Der Pariser Korrespondent des „Corriere della Sera“ meldet: Die große öffentliche Meinung in Frankreich fordert eine Sicherung der Grenzen gegen Deutschland im Sinne der Wiederherstellung derselben wie sie 1814 bestanden, so daß die Erzgebirge von Saarbrücken und Lauterburg gegenüber von Karlsruhe zu Frankreich ge-

schlagen würden. Weiter müßten die deutschen Provinzen links des Rheins neutralisiert werden. Die Teilnahme des Marschalls Foch und des englischen Generalkommandos Wilson an den Verhandlungen in diesen Tagen in London wird als eine Gewähr dafür angesehen, daß diese Forderungen von den Verbündeten anerkannt werden.

Die Gefahr für Polen und Schlesien. Berlin, 6. Dezember. Aus Warschau wird der „Nationalzeitung“ mitgeteilt, die aus Amerika übergekommenen polnischen Divisionen, die bisher an der Westfront standen, seien jetzt auf dem Wege nach Le Havre, um von hier nach Danzig befördert zu werden. Diese amerikanischen Polen zählen angeblich 70000 Mann und stehen unter dem Kommando eines Generals Haller. Sie sind angeblich für einen Entmarsch in Polen und Schlesien bestimmt. Als Hauptquartier für Haller soll die Stadt Polen in Aussicht genommen sein. In dieser amerikanischen-polnischen Armee befinden sich verschiedene höhere Offiziere englischer, französischer und amerikanischer Nationalität. Gemeinlich mit der Armee verläßt sich eine Abordnung des in Paris befindlichen polnischen Nationalrats nach Polen.

Waffenstillstand bis 31. Januar. Rotterdam, 6. Dezember. Nach einer Meldung des „Courant“ veröffentlicht die Londoner Blätter Informationen, wonach der Waffenstillstand bis 31. Januar verlängert wird. Die Verhandlungen über einen Vorfrieden werden am 22. Januar beginnen.

Die Wahlen am 15. Januar. Wie der „Berl. Bot.-Anz.“ hört, werden in der Vollerfassung der Soldatenräte im Reichstag nicht nur Ersatzwahlen für die beiden ausgeschiedenen Mitglieder des Vollzugsrates vorgenommen werden, sondern es ist beabsichtigt, auch zu verschiedenen Neuwahlen zu schreiten. Es wird auch mit der Möglichkeit des Ausscheidens des Vorsitzenden Molkenbührer gerechnet. Ferner verlautet, es werde nach neueren Feststellungen technisch möglich, die Wahlen zur Nationalversammlung schon am 15. Januar vor sich gehen zu lassen. Eine starke Bewegung zur Durchführung dieses Gedankens scheint im Gange zu sein.

Die Präsidentenwahl in Deutschland. In politischen Kreisen beschäftigt man sich auch mit der Frage, ob der Präsident der deutschen Republik von der Nationalversammlung gewählt werden soll, oder, wie es in den Vereinigten Staaten der Fall ist, aus einer Volkswahl an die Spitze der Republik gestellt werden soll. In den Parteien besteht die Absicht, die Präsidentenwahl der Nationalversammlung zu überlassen, sowohl Mitglieder der „Deutschen demokratischen Partei“, wie des Zentrums und der „Deutschen Nationalen Volkspartei“ haben sich auf Anfrage in diesem Sinne geäußert. In Regierungskreisen dagegen ist die Meinung noch geteilt.

Foch und die Auszehrung Deutschlands. Berlin, 8. Dezember. Marschall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben: Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist.

Englische Truppen in Köln. Frankfurt a. M., 8. Dezember. Gestern nachmittag sind die englischen Besatzungstruppen in Köln etagerückt. Sie bestanden aus Kavallerie und einem Divisionsstab. Der Komman-

werden muß, sind vorüber. Immer herrsche hier aber noch dankenswerte Ordnung, während in Polen Ueberfälle an der Tagesordnung sind. Wenn auf sprachlichem Gebiete von unserer früheren Regierung gesündigt wurde, so hat die neue Regierung bereits vollste Freiheit zugelassen und die Erstellung des Religionsunterrichts in den unteren Klassen in polnischer Sprache bereits verfügt. Was die bei uns angelegte Trennung von Kirche und Staat anlangt, so darf diese zur Begünstigung der Angliederung Oberschlesiens an Polen kein Anlaß sein. Was einem Bismarck nicht gelungen ist, werde auch einem „Kultusminister“ wie Adolf Hoffmann nicht gelingen, die gläubigen Christen um ihre Rechte zu bringen. Aber auch Polen bietet keine Garantien, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht gestört werden. Und wie stände es mit der Fürsorge für die alten Soldaten und Kriegsveteranen? Das deutsche Reich, das alte Preußen wird für dieselben sorgen. Bei der Aufstellung des Staatsbudgets und der großen Güter sollen die vom Kriege hart Betroffenen zunächst bedacht werden. Wird der polnische Staat gleiche Fürsorge unseren braven Kriegern zuwenden? Während bei uns der Krieg zu Ende, lange er dort erst an. Es gibt dort einen Kampf anspruchsvoller mit der Ukraine um Ungarn und das Cholmer Land, mit den Tschechen um Oesterreich-Schlesien, bald wohl auch mit Ungarn um die von Polen bewohnten nordungarischen Gebiete und mit den Litauern, Weiß- und Großrussen um die entsprechende Landesgrenze. Dazu die Ansprüche auf deutsche Gebiete, die sich Deutschland auch nicht gelassen haben wird. Im Innern lauert die Kämpfe der verschiedenen Parteien, dazu der Volkswutismus und Pogrome. Redner schloß: Ob unsere Junge deutsch oder polnisch spricht, wir wollen weiter zusammen an unserem gemeinsamen Werk arbeiten, wie unsere Väter. Vorwärts und aufwärts, nicht rückwärts und abwärts wollen wir gehen. Unsere Lösung kann jetzt und immer nur die eine sein: „Wir bleiben beim deutschen Reich und geben nicht nach Polen!“ Die aus allen Ständen und Kreisen von hier und aus der Umgegend überaus zahlreich besuchte Versammlung sollte dem Redner für seine Ausführungen reichen Beifall. — Zur Diskussion meldete sich ein hier ansässiger Rentenempfänger namens D z i e m b a l l a. Derselbe überzeugte polnisch in vollstimmiger Weise die Zuhörer besonders von der Tatsache, daß alle Rentenempfänger bei der Umgliederung wohl schlecht fahren würden. Die invaliden Soldaten und ihre Hinterbliebenen bekämen wohl keine Unterstützung. Die Versprechungen, die uns von polnischen Agitatoren gemacht wurden, können nicht gehalten werden, denn sonst müßte schon jetzt etwas von der Milch und dem Honig und besonders von Speck zu merken sein. Viele polnische Agitatoren, darunter Kowalczyk und Korfonty, haben schon manches den polnisch sprechenden Oberschlesiern versprochen, jedoch bis jetzt nichts davon erfüllt. Mit ungeheurem Beifall wurden diese schlichten, sehr vernünftigen ohne weiteres einleuchtenden wahren Worte dieses Mannes aus dem Volke aufgenommen. — Zum Schluß forderte Herr Amtsrichter Dr. F e l b i e r die Anwesenden auf, die Dabeigebenen aufzuklären und führte aus: „Wir haben die Segnungen des geordneten deutschen Staatswesens in herrlichen Friedensjahren genossen, wir waren in Leib und auch in Freud mit Deutschland verbunden! Ein elender Völk, der sein Vaterland in den Tagen der Not verläßt!“ Hiermit wurde die Versammlung geschlossen, in welcher hunderte deutsch und polnisch sprechende Bewohner Sobras und der Umgegend einen feierlichen Protest gegen die Einverleibung Oberschlesiens an Polen kundgaben. Gott schütze unser Oberschlesien!

An's Vaterland an's teure schließ' Dich an,
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen,
Hier sind die starken Wurzeln Deiner Kraft,
Dort bist Du ein schwaches Rohr, das jeder
Sturm zertrübt!

§ (Herrn Lehrer Hollmann) von der hiesigen katholischen Volksschule ist die einmalige Verwaltung der Rektorstelle an der kath. Volksschule Friedrichshütte, Pflaßgau vom 1. Januar 1919 ab übertragen worden. Der Weggang des Herrn Hollmann, welcher hienorts als Jugendbildner 12 Jahre lang gewirkt und sich auch in den Kreisen der Bürgerchaft großer Verdienste zu erfreuen hatte, dürfte hier mit Bedauern aufgenommen werden.

§ (Die zweite außerordentliche Staatliche Zuerkennungszugabe) ist hieselbst an die Beamten des Postamts und des Amtsgerichts bereits in voriger Woche zur Auszahlung gelangt. Bekanntlich erfolgt die Auszahlung dieser

Zuerkennungszugabe in derselben Höhe wie im September d. J.

§ (Die Libon'sche Niedermahle) ist heute auf Anordnung des Landratsamtes wegen Unzuverlässigkeit geschlossen worden.

§ (Wies- und Kraamarkt.) Morgen Mittwoch wird hienorts ein Vieh- und Pferde- markt, Donnerstag Kraamarkt abgehalten.

§ (Auf den Schiller-Abend) morgen Mittwoch im Schiller'schen Saale weisen wir das kunststauische Publikum nochmals empfehlend hin.

§ (Karte Kreuz-Geld-Lotterie.) Die Ziehung vom 6.—11. Dezember ist auf den 14.—18. Januar 1919 verlegt worden.

§ (Zum Markt der Kriegsanleihe.) Durch unsere Nachricht in Nr. 96 unseres Blattes veranlaßt, wandte sich die hiesige Deutsche Volkshaus an die Reichsbankstelle Ratibor zur Auskunft und erhielt nachstehenden Bescheid: „Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 5. d. Mts. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß die mitgeteilte Zeitungsnote, der Erläuterung bedarf und zwar dahin, daß nur im Falle der nachzuweisenden wirtschaftlichen Notlage ein Rückkauf in kleineren Beträgen bis zum Höchstbetrage von M. 2000 — erfolgen soll und zwar nur, wenn der Verkäufer bei der betreffenden Reichsbankanstalt nachweislich gezahlt hatte. Es sind somit alle Anträge, die als sogenannte Ankäufe anzusehen sind, abzuweisen. In den weitaus meisten Fällen ist den betreffenden Antragstellern damit geboten, wenn sie durch Inanspruchnahme der von uns verwalteten Reichsbankdarlehensklasse ihre Kriegsanleihe im Verpändungswege beleihen; die auf den jeweilig einmündigen Betrag zu zahlenden Zinsen von 5 1/2 % belassen dem Verpänder immer noch eine 4 1/2 % Verzinsung, erhalten ihm den Rest der Kriegsanleihe und schenken ihm vor Verlust seines in barem Gelde aufbewahrten Vermögens durch Brand und Diebstahl.“

§ (Josef Waigner aus Ratibor) hat für Tapferkeit und Unerkrodenheit vor dem Feinde das Eisener Kreuz 1. Klasse verliehen erhalten.

§ (40-jähriges Priesterjubiläum des Pops.) Am 22. Dezember begeht Pops Benedikt XV. den 40. Jahrestag seiner Priesterweihe.

§ (Geht und die Kirchenglocken wieder.) Im Auftrage des Gemeindevorstandes ist die Verbringung vom 1. März 1917 betreffend Beschlagnahme, Verkaufserhebung und Entgeltsung sowie freiwillige Auktionierung von Glocken aus Bronze aufgehoben worden. Bei der Beschlagnahme hat die Regierung das Versprechen abgegeben, daß den Gemeindevorstand die beschlagnahmten Glocken zurückzugeben werden sollen, soweit sie noch vorhanden sind. Sie sind aber noch zum größten Teil dem Schmelzofen verfallen und müssen daher baldmöglichst ihrer Bestimmung zurückgegeben werden. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß mit den Glocken aber der Glockenbronzehandel getrieben wird und Geschäfte gemacht werden, wie es leider in Osterreich schon mitten im Kriege unter den Augen der Regierung geschah.

§ (Beschränkungen im Paketverkehr.) Für die Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Dezember treten im Paketverkehr die nachstehenden unter den gegenwärtigen schwierigen Verkehrsverhältnissen notwendigen Beschränkungen ein:

Zur Beförderung unter Wertangabe (bis 100 Mark und über 100 Mark) werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.

Das Verlangen der Eisenbahn ist für die bezeichneten Tage bei gemischten Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen. Für Beförderung aller „draußen“ werden während der angegebenen Zeit Pakete von Privatpersonen nicht angenommen.

§ (Weihnachtsgesandungen.) Wegen der bevorstehenden Weihnachtsferien richtet die Postverwaltung nachstehende Wünsche an die Absender, deren Erfüllung wesentlich dazu beitragen würde, die glatte Abwicklung des Weihnachtspaketverkehrs zu erleichtern. Die Pakete sind unter Verwendung guter Verpackungsmittel recht dauerhaft herzustellen; in das Paket ist oben auf ein Doppel der Aufschrift zu legen; die Aufschrift ist deutlich, vollständig und haltbar herzustellen, der Name des Bestimmungsorts unter näherer Bezeichnung der Lage besonders groß und kräftig anzugeben; auf den Paketen selbst hat der Absender seinen Namen und Wohnort nebst Wohnung zu vermerken; die Weihnachts-

gesandungen sind möglichst frühzeitig anzuliefern und wenn irgend möglich freizumachen.

§ (Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch.) Das Reichsbankdarlehensamt hat, der „Voss. Zeitung“ zufolge, an das hiesige Amt eine Note gerichtet, in der es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Erziehungswirtschaft nach sich ziehen wird. Es bricht in der Note:

Infolge der Grippe, der Korruption, der Arbeitslosigkeit der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Ein Durchfall der vorgelegenen Kartoffelernte erscheint schon heute vollkommen ausgeschlossen und höchstens die Hälfte der Rationen wird also angebegeben werden können. Die Lage der Reichsgeldwirtschaft hat sich derzeit ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahre erfolgen.

Dies erscheint aber auch der Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Getreide- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchfallen der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Kaschau angekauften Decksäcke eingestrichelt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportierbar. Die etablierte Fettwirtschaft gestaltet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplatz bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der waldigen Aufbringung an Milch und aus der Margarine-Erzeugung nur noch ein Tageslopfah von 3,3 Gramm zur Verfügung.

Die Fiskusration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenlopfahmenge von 100 Gramm vorstellt, kann auch nur unter Inanspruchnahme ganz beträchtlicher Zufuhren anrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelerzeugung spätestens Anfang Februar zu rechnen.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Kaschau in der Kriegszeit, und insbesondere in den letzten Jahren, in erschreckendem Umfang zugenommen hat. Die Zahl der Todesfälle an Baugenkrankheiten, also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf. Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch unserer Erziehungswirtschaft die Absperrungswahnsinnigen Kaschauer tragen.

§ (Die Zukunft Oberschlesiens.) Während in vielen Städten Oberschlesiens stordruckvolle Versammlungen abgehalten werden, in denen die Jugendlichkeit Oberschlesiens zum deutschen Reich betont wird, sind an anderen Stellen Oberschlesiens Entgeltsbefreiungen zwischen Deutschen und Polen zur Bildung einer deutsch-polnischen Republik schlesien im Gange. Danach soll Schlesien als selbständiger Bundesstaat dem Deutschen Reich angegliedert werden. Als Amtssprache sollen die deutsche und die polnische Sprache gelten; außerdem soll an dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht gerüttelt werden. Wie weit diese Bestimmungen Boden fassen werden, bleibt abzuwarten.

§ (Kasselerbesuch in Ratibor.) Fürstbischof Dr. Vertram wird Mitte dieser Woche Ratibor besuchen und anlässlich des 50. Stiftungsjahrs des Vereines Christlicher Mütter am Donnerstagabend 8 Uhr in der Pfarrkirche die Festpredigt halten.

§ (Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterte.) Verschiedentlich besteht Zweifel, ob die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterte fortgesetzt werden wird. Demgegenüber teilt die Generallotterte-Direktion auf Anfrage mit, daß die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterte wie bisher weitergeführt wird.

§ (Einstellung von Familienzahlungen.) Der Kriegsminister gibt bekannt: Für die Angehörigen von Offizieren und Beamten, Unteroffizieren und Mannschaften, die bereits entlassen sind oder im Monat November noch entlassen werden, dürfen keine Familienzahlungen mehr geleistet werden. Soweit Verbandsangehörige vom 1. Dezember 1928 ab Friedensgebührenpflicht befreit, kommen auch für sie die Familienzahlungen mit diesem Zeitpunkt in Fortfall. Falls noch vorstehend unzulässige Familienzahlungen dennoch zur Auszahlung oder Abhebung gelangen sollten, so sind die Empfänger zur sofortigen Erstattung verpflichtet. Zur Vermeidung aller hiermit verbundenen Weiterungen empfiehlt es sich, Familienzahlungen nur dann anzunehmen, wenn ihre Zulässigkeit einwandfrei festgestellt.

§ (Kauf.) 8. Dezember. Wie berichtet wird, hat der Ministerialdirektor Freund verfügt, daß der Regierungsrat Deloch mit der weiteren Ver-

Wahlung des hiesigen Landratsamtes, die Dr. Zulfasche? bisher provisorisch führte, zu betrauen ist. Der A. und S. Rat ist darauf zum Minister nach Berlin gefahren und dieser hat verfügt, daß Dr. Zulfasche das hiesige Landratsamt weiter zu verwalten hat, der hiesige nach Rybnik in Marsch gesetzte Drosch ist zurückberufen worden.

Weslau, 7. Dezember. (42000 Franks beschlagnahmt.) Bei einer Frau Karoline Bawrich in Weslau wurden durch einen Diebstahl nicht weniger als 42000 Franks in 1000 und 500 Franks-Noten beschlagnahmt. Dieses Geld und zahlreichere andere Wertpapiere hatte ihr Mann, der im Westen kämpfte, bei einem Raubzug in St. Quentin erbeutet. Durch einen Freund, der auf Urlaub fuhr, ist es ihm das Geld zu seiner Frau bringen. Der Freund erhielt dafür 10000 Franks. Vermutlich ist noch mehr geflohenes Geld vorhanden. Die Wertpapiere wurden auswärts nach Rybnik geschafft.

Weslau, 6. Dezember. Der Magistrat hat beschlossen, die im September d. J. gewährte einmalige Kriegsteuerungszulage nochmals zu zahlen unter Zugrundelegung des Stichtages vom 10. November. Außer den damals empfangsberechtigt gewesenem Beamten sollen auch die auf Privatdienstvertrag angestellten Bureauhilfskräfte, die Militärspählergeboten und sonstige Angestellte und Arbeiter in den Dienst der Feuerungsanlage kommen.

(Die Ernährungskatastrophe im Oesterreich.) Das österreichische Reichsernährungsrat hat beschlossen, vom 8. Dezember ab keine Brotkarten mehr auszugeben.

Bekanntmachung.

Kaestli für Kleinbelohnung ist eingetroffen und wird in nachbezogenen Geschäften: Kaufmann H. Schieler, B. Elias, M. Harich, J. Koss und Wwe. Latocha zum Preise von 1,60 Mk. je kg ohne Verpackung verkauft. Sohrau O.S., den 10. Dezember 1918. Der Magistrat. Reich.

Bekanntmachung.

Im Auftrage des Herrn Landrats in Rybnik bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß das hiesige Lager auch hier verbreitete Flugblatt „Oesterreichs eigene Republik“ von national-politischer Seite ausgibt. Etwa noch vorhandene Blätter sind zu vernichten. Sohrau O.S., den 10. Dezember 1918. Die Polizei-Verwaltung. Reich.

Bekanntmachung.

Es gelangen eine geringe Anzahl Karten — 4 rote und 15 weiße — die zum Verkauf von arbeitsverwendungs-fähigen Pferden berechneten, zur Verteilung.

Anspruch auf eine rote Karte haben: Unbemittelte Landwirte und Gewerbetreibende, die Pferde an die Pferdebewertung abgegeben haben und Pferde bringen benötigen, insbesondere diejenigen unter ihnen, die durch Verwendung usw. in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sind.

Anspruch auf eine weiße Karte haben: Andere als die vorerwähnten Landwirte und Gewerbetreibende, die Pferde bedürfen, solche an die Pferdebewertung abgegeben haben und nicht Pferdehandeln betreiben.

Da, wie ersichtlich, nur sehr wenig Karten zugegangen sind, können Anträge — namentlich auf Erstellung roter Karten — nur in ganz dringenden Fällen berücksichtigt werden.

Solche Anträge sind baldmöglichst, spätestens bis zum 12. d. Mts. entweder schriftlich oder mündlich bei uns Zimmer Nr. 3 anzubringen. Sohrau O.S., den 10. Dezember 1918. Die Polizei-Verwaltung. Reich.

Verpflichtung der Arbeitgeber zur Anmeldung offener Stellen bei den nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweisen. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat eine Verordnung erlassen, nach der alle Arbeitgeber verpflichtet sind, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, haben diese Meldepflicht zu erfüllen. Bitte die Befolgung dieser Vorschriften ist unbedingt notwendig, weil nur durch lächelnde Anmeldung des gesamten Arbeiterbedarfs eine Steuerung des Arbeiterangebots auf der einen, das Fehlen von Arbeitskräften an Stellen, wo sie dringend gebraucht werden, auf der anderen Seite verhütet werden kann. Auch für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge ist die Anmeldung aller offenen Stellen unerlässlich.

Rybnik, den 7. Dezember 1918. Arbeitsnachweis für den Kreis Rybnik.

Eine Stube

ist sofort zu vermieten bei Frau Anna Wajand, Bahnhofstraße.

Nach kurzer, schwerer Krankheit starb am 6. d. Mts. unser guter, braver Kutscher

Joseph Klepppek

im Alter von 51 Jahren. Der Verstorbene hat durch 19 Jahre tren und ehrlich für uns gearbeitet und war uns stets ein lieber Hausgenosse. Sein Helmgang trifft uns sehr schmerzlich. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Sohrau O.S., den 9. Dezember 1918.

Familie Richard Dudek.

Holzverkauf.

Am Sonnabend den 14. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr werden im Schäferschen Gasthause in Orzesche öffentlich meistbietend verkauft:

583 Fichtenstangen III. Klasse
1908 " IV. "
2317 " V. "

Die Forstverwaltung Woschczyn.

Sohrau O.-S.

Schüttans Saal.

Wittwoch, den 11. Dezember 1918, abends 8 Uhr:

Erich Hellmut Vortrags-

Schiller-Abend.

1. Teil: Gedichte aus der 1. und 2. Periode.
2. Teil: Rezitationen mit melodramatischer Klaviermusik von Max Schilling's Am Klavier: Fräulein Billi Molerns, Musiklehrerin, Kattowitz.
3. Teil: Das Lied von der Glocke.
Preise der Plätze: Sperrpl. 2,00 Mk., 1. Platz 1,25 Mk., Stehplatz 75 Pf. Schüler auf allen Plätzen die Hälfte. Vorverkauf bei B. Gumbel.

Bekanntmachung.

Der im Frühjahr d. J. bestellte Bienenzucker kann beim Kaufmann Viktor Prosko in Rybnik abgeholt werden. Wenn die Abholung des Zuckers bis zum 1. Januar d. J. nicht erfolgt, wird über denselben anderweitig verfügt. Sohrau O.S., den 10. Dezember 1918. Der Magistrat. Reich.

Bekanntmachung.

Für die laufende Woche wird in den Verkaufsstellen von Wollner, Skoppok und Harzlim gegen Abschnitt I der Fettkarte 50 gr Margarine und gegen Abschnitt I der Fettkarte 150 gr Kunsthonig (für Monat Dezember) auszugeben. Die Bezugs-Abschnitte I und i sind bis zum 11. d. M. nachm. 6 Uhr in den gen. Stellen abzugeben.

Gegen Abschnitt 9 der Lebensmittelkarte wird bei allen Kaufleuten 1/2 Pfd. Zucker, 70 gr Feinwaren (82 Pf.) verkauft. Die Bezugs-Abschnitte 9 müssen bis einschl. 16. d. M. abgegeben werden.

Gegen Abschnitt k der Fettkarte wird bei allen Kaufleuten 55 gr Käse (je Pfd. 2,50 Mk.) verkauft. Die Bezugs-Abschnitte k sind bis einschl. 16. d. M. abzugeben.

Auf Grund der abgegebenen Nr. 33 der Krankenkarte wird bei den betr. Kaufleuten abgegeben: 1020 gr Ausguss-Mehl und 375 gr Getreid; außerdem erhalten Kinder von 2 bis 4 Jahren nur bei Herrn D. Schieler gegen Nr. 33 der roten Krankenkarte 375 gr Getreid. Ausguss-Mehl wird im Dezember cr. dann nicht mehr abgegeben. Sohrau O.S., den 10. Dezember 1918. Der Arbeiter-Rat. Reich. Mietwollf.

LOSE der Preuß.-Süddeutschen Klass.-Lotterie.

Anteile 1/8, 1/4, 1/2, 1/1, zu haben. à Mk. 5.—, 10.—, 20.—, 40.—

S. Berger, Inh. H. Schieler, Ring.

Verloren eine Brieftasche

mit größerem Geldebetrag, Militärpapieren und Briefschaften. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung bei mir abzugeben.

Karl Soika, Grefreiter, Bretterstr. 51.

Verloren

wurde am Freitag den 6. Dezember auf dem Wege von der Paulshütte über den Ring auf Warschowitz zu der Deckel einer Buttermaschine. Gegen Belohnung abzugeben bei Johann Turocha, Warschowitz.

Geld

gegen monatliche Rückzahlung verlieht

R. Calderarow, Quedling 5.

Sämtliche Stücke der 8. Kriegsanleihe sind angekommen. Wir bitten um umgehende Abholung.

Deutsche Volksbank.

Die Not der hiesigen Armut ist aufs höchste gestiegen. Es ist eine Verpflichtung der Bessersituierten, diese bedrängte Lage einigermaßen lindern zu helfen. Arme Schulkinder und bedürftige Erwachsene hoffen auch in diesem Jahre auf eine Weihnachtseinbesetzung. Zur Ausführung derselben ist eine bedeutende Geldsumme erforderlich. Die Mitgliederbeiträge unterzeichneten Vereins reichen fast nur für die monatlichen, seit längerer Zeit erhöhten Unterstüßungen.

Edle Wohltäter!

helfen Sie uns, durch baldige Geldzuwendungen eine Weihnachtseinbesetzung zustande zu bringen.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins zu Sohrau O.-S.

Spenden werden die Vorsitzende: Frau Bürgermeisterin Reichs und die Kämmererkasse entgegen nehmen.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich mein

Ofenbaugeschäft

wieder aufgenommen und empfehle mich zur

Ausführung sämtlicher

Ofenhekarbeiten

zu soliden Preisen.

Max Smusch,

Sohrau O.-S., Bahnhofstraße 211.

3 Morgen Feld,

12 km an der Dortner Chauffee, und

1 Maschine zur Herstellung

von Zementdachsteinen

anzuhäufelbar sofort zu verkaufen.

E. Katscher, Zaborze.

Wegen Todesfall habe ich einen tüchtigen, energischen

Schaffer mit Hofgängern.

Stampe, Timmendorf O.-Schl.

Leere Weinflaschen,

Altpapier

(Beizungen, Bücher, Hefte und Alten) kauft

Sohrauer Flaschen-Centrale

Ring 57.